

B e s c h l u s s
des Beirates Woltmershausen
vom 04.03.2024

Illegale Müllablagerungen konsequent ahnden

- 1. Der Beirat Woltmershausen fordert die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft auf, die Bremer Stadtreinigung (DBS) zu autorisieren, Verursacher illegaler Müllablagerungen ordnungsrechtlich zu sanktionieren.**
- 2. Der Beirat Woltmershausen fordert den Senator für Inneres und Sport auf, das Ordnungsamt so personell auszustatten, dass die Kontrollintervalle im Bereich von Müll- und Wertstoffsammelplätzen in Woltmershausen intensiviert und illegale Müllablagerungen konsequent geahndet werden können. Die Beseitigung nicht genehmigter Sammelcontainer soll zeitnah und ebenfalls konsequent umgesetzt werden.**
- 3. Außerdem fordert der Beirat Woltmershausen eine Informationskampagne über ordnungsgemäße Müllentsorgung. Hiermit soll über die durch die Müllgebühr bereits abgedeckten Optionen aufgeklärt werden, wie beispielsweise die Nutzung der Recyclingstationen oder die Möglichkeit, einmal pro Kalenderjahr gebührenfrei eine Abholung von Sperrmüll zu bestellen.**

Begründung:

Derzeit ist für die Verfolgung von angezeigten Ordnungswidrigkeiten gegen abfallrechtliche Vorschriften in der Stadtgemeinde Bremen die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft zuständig. Die Bremer Stadtreinigung (DBS) verfügt allerdings nicht über die Kompetenzen, Personalien von Müllern aufzunehmen, Ordnungswidrigkeitsverfahren einzuleiten und Bußgelder zu verhängen. Ganz anders stellt sich die Situation in Hamburg dar. Die Stadtreinigung Hamburg ist seit Januar 2018 befugt, Ordnungswidrigkeiten, unter anderem bei Verstößen gegen das Kreislaufwirtschaftsgesetz, durch sogenannte „WasteWatcher+“ selbst zu verfolgen. Es ist wichtig, dass Bremen zusätzliche Maßnahmen ergreift, um Müllverschmutzung zu reduzieren, die Wiederverwertung zu fördern und das Bewusstsein für die Bedeutung einer nachhaltigen Abfallwirtschaft zu schärfen. Nur durch koordinierte Bemühungen kann langfristig eine saubere und gesunde Umwelt erhalten werden. Bereits in der 20. Legislaturperiode hat der Senat angekündigt zu prüfen, die Kompetenzen im Bereich der Abfallüberwachung bei der DBS auszubauen. Das ist bisher nicht geschehen! Zudem müssen die Kontrollintervalle im Bereich von Müll- und Wertstoffsammelplätzen intensiviert werden und die Beseitigung nicht genehmigter Sammelcontainer zeitnah und konsequent erfolgen.

(Einstimmig)

gez. Martin

Uwe Martin
(Ortsamtsleiter)